

NACHRICHTEN

Blocher fehlt am häufigsten

BERN sda. Eine neue Auswertung stärkt den Ruf von **Christoph Blocher** als häufigstem Abwesenden bei Abstimmungen im Nationalrat. Der Zürcher SVP-Nationalrat verpasste demnach im vergangenen Jahr 364 von 1042 Abstimmungen, das ist mehr als ein Drittel. Schon vor seiner Zeit als Bundesrat war Blocher in ähnlichen Ranglisten jeweils in den vordersten Rängen zu finden. Die jüngste Auswertung der Parlamentsabstimmungen im Jahr 2013 hat die Internetplattform politnetz.ch im Auftrag der Zeitung «Schweiz am Sonntag» durchgeführt. Auf Blocher folgen die Nationalräte **Oskar Freysinger** (SVP, Wallis) und **Lorenzo Quadri** (Lega, Tessin). Beide arbeiten nebst ihrem Nationalratsmandat in einer Regierung. Freysinger ist Walliser Staatsrat, Quadri gehört der Stadtregierung Luganos an. Die Basler SP-Nationalrätin **Silvia Schenker** weist dagegen keine einzige unentschuldigte Absenz aus.

Neue SBB-Züge verzögern sich

BERN sda. Die neuen Doppelstockzüge für knapp 2 Milliarden Franken bereiten den SBB weiterhin Ärger. Geplant war die erste Lieferung für Ende 2013. Sie wurde auf 2015 verschoben. Aber auch dieser Termin ist laut SBB-Konzernchef **Andreas Meyer** nicht sicher. «Bombardier hat gravierende Probleme bei der Konstruktion und Fertigung der Züge», sagt Meyer in einem Interview mit dem «Sonntagsblick». Er hoffe, dass der Hersteller Bombardier den Termin einhalten könne, sicher sei er aber nicht. Derzeit stehe ein Ausstieg aus dem Vertrag zwar nicht zur Debatte, sagte Meyer. «Aber wenn wir feststellen, dass die Züge nicht auf die Schienen gebracht werden, müssen wir uns nach Alternativen umschauen.»

Grübel wirbt für Pfarrerberuf

ZÜRICH red. Der ehemalige Konzernchef der Credit Suisse und der UBS, **Oswald Grübel**, tritt laut der «NZZ am Sonntag» im Juli an einem Seminar «Campus Kappel» auf, das Gymnasiasten für ein Theologiestudium begeistern soll. Der frühere Topbanker wird dabei zum Thema sprechen: «Lohnt es sich, uneigennützig zu sein?» Mit der einwöchigen Veranstaltung will die Reformierte Kirche dem sich zuspitzenden Pfarrermangel entgegenwirken. Während die Zahl der Theologiestudenten in den letzten Jahren stark gesunken ist, wird ab 2019 die Zahl der Pensionierungen deutlich ansteigen.

Startkapital fürs Leben verlangt

BILDUNG Um gegen hoch qualifizierte Zuwanderer zu bestehen, soll die hiesige Bevölkerung künftig über ein Bildungskapital verfügen. Eine Idee mit Zündstoff.

MAX FISCHER
schweiz@luzernerzeitung.ch

Die Personenfreizügigkeit macht die Bildung für Einheimische noch wichtiger. Jeder Einwohner der Schweiz soll deshalb bei der Erreichung der Volljährigkeit ein Bildungskapital von 40 000 bis 70 000 Franken erhalten. Nach Lehrabschluss, Matura oder Schulabbruch soll damit jeder individuell seinen eigenen Bildungsweg gestalten und mit dem sogenannten Bildungskapital auch selber finanzieren können.

Dies empfehlen zwei Wissenschaftler der Uni Freiburg: Reiner Eichenberger, Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik, und Anna Maria Koukal, Assistentin am Departement für Volkswirtschaft. Weiter schlagen die beiden Wissenschaftler vor, dass die weitgehend staatlich finanzierten Universitäten, Fachhochschulen und anderen Institutionen der tertiären Bildung entlastet werden: Die Studenten sollen mit deutlich höheren und kostenabhängigen Studiengebühren die Ausbildung wenigstens teilweise selber mit Geld aus dem eigenen Bildungskapital bezahlen.

Bildungsanreize schaffen

Und wenn sich jemand nicht weiterbildet? Kann er sich dann mit dem Geld eine Weltreise oder ein tolles Auto kaufen? «Keineswegs», betont Eichenberger. «Was bis zur Pensionierung nicht für Bildung benötigt wird, fliesst ins Alterssparkapital der zweiten Säule.» Eichenberger sieht neben dem finanziellen Aspekt noch weitere Vorteile: «Die Anreize der Studierenden nehmen zu, ihre Studienwahl an den tatsächlichen Nutzen und Kosten ihres Studiums auszurichten und möglichst effektiv zu studieren.» Gleichzeitig werde der Wettbewerb und so die Effizienz im Bildungsbereich gestärkt und die völlig ungleiche Subventionierung der verschiedenen Bildungswege und Studienrichtungen abgebaut.

Das tönt verlockend. Doch wer soll das individuelle Bildungskapital von 40 000 bis 70 000 Franken für jeden Volljährigen in der Schweiz finanzieren? «Wir schlagen vor, dass die Finanzierung nicht aus allgemeinen Steuermitteln erfolgt, sondern durch eine neu zu gründende schweizerische Bildungsgenossenschaft», so Eichenberger. Mitglieder dieser Genossenschaft wären alle Schweizer Bürger und länger in der Schweiz lebende Ausländer.

Unkonventionelle Finanzierung

Diese Genossenschaft würde Eigentümerin der bisher in der Schweiz angesparten staatlichen Vermögenswerte und -ansprüche zum Beispiel von Swisscom, Post, überschüssigen Reserven der Nationalbank, von für die Tätigkeit unse-



Ein Baby greift nach einem Buchstaben-Mobile. Der lebenslange Lerneifer soll mit einem Bildungskapital gefördert werden.

Getty

res Staates unnötigem Boden- und Immobilienbesitz sowie der gigantischen Suva-Reserven von rund 42 Milliarden Franken. «Ihre Erträge kann die Genossenschaft ihren Mitgliedern unter anderem in Form des Bildungskapitals ausschütten», schlägt Eichenberger vor.

Er ist sich bewusst, dass der Umbau des Bildungswesens die Ausbildungen auch für Ausländer verteuern würde. «Weil aber gute ausländische Studierende stark zur Qualitätssteigerung der Ausbildungsgänge beitragen, sollten sie aus den allgemeinen staatlichen Mitteln entsprechend ihrer Leistung unterstützt werden», sagt der Wirtschaftsprofessor. Und um zu verhindern, dass das Bildungskapital einen Anreiz zu kurzfristiger Zuwanderung setzt, hat Eichenberger folgenden Vorschlag: «Jedem in der Schweiz lebenden Kind wird jährlich ein Teil des Bildungskapitals gutgeschrieben, sodass bei Volljährigkeit das volle Kapital verfügbar ist.»

Lebenslange Bildung nötig

Auslöser für die Idee eines Bildungskapitals war für Eichenberger die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz in Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit. Vor dieser waren die Arbeitskräfte knapp und die Löhne hoch.

Mit der Personenfreizügigkeit lässt die Zuwanderung das Arbeitskräfteangebot wachsen. Das setzt die Löhne unter Druck, hilft aber den Firmen, ihre Lohnkosten zu senken und vakante Stellen zu besetzen. Das macht laut Eichenberger die Schweiz für Investitionen attraktiver, zieht neue Unternehmen an und schafft Arbeitsplätze. Nur: «Das neutralisiert den Lohndruck, bringt aber auch wieder ähnlich viele vakante Stellen wie zuvor, was wiederum neue Zuwanderung anzieht», folgert Eichenberger. Das Ergebnis ist klar: Kurzfristig lässt die Personenfreizügigkeit die Gesamtwirtschaft und die Bevölkerung schneller wachsen, beeinflusst aber das Pro-Kopf-Einkommen kaum. «Allerdings», so Eichenberger, «werden durch das Bevölkerungswachstum Wohn- und Geschäftsräumlichkeiten, der Boden und die Infrastruktur knapp. Und längerfristig steigen die Lebenshaltungskosten, wodurch sich die realen Einkommen jenen in der EU stark annähern.»

Für Eichenberger steht fest, dass das reale Einkommen der inländischen Bevölkerung viel weniger als früher von der Schweizer Wirtschaftspolitik abhängt. «Entscheidend sind künftig praktisch nur noch die individuellen Fähigkeiten und damit die Ausbildung jedes

Einzelnen.» Als wirksam erachtet er deshalb die direkte Förderung der Auszubildenden. «Das trägt auch dem Umstand Rechnung, dass die Bildung inzwischen viel stärker über das ganze Leben verteilt ist und sich nicht ausschliesslich auf die Vorerwerbsphase beschränkt.»

Seco reagiert begeistert

Beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) fällt die Idee auf fruchtbaren Boden. «Solche Vorschläge sind absolut prüfenswert», sagt Eric Scheidegger, Leiter der Direktion Wirtschaftspolitik. «Als rohstoffarmes Land wird die Schweiz auch in Zukunft vor allem auf die Ressource Brain setzen müssen.» Dazu brauche es nicht einfach mehr Steuergelder. Wichtiger ist für ihn, die schon heute reichlich fließenden öffentlichen Mittel möglichst wirkungsvoll

«Entscheidend sind künftig nur noch die individuellen Fähigkeiten und damit die Ausbildung des Einzelnen.»

REINER EICHENBERGER,
WIRTSCHAFTSPROFESSOR

einzusetzen. «Vorschläge wie diejenigen von Professor Eichenberger oder von Avenir Suisse zielen darauf ab, dass sich die Jugendlichen und die Weiterbildenden aufgrund ihres eigenen Bildungskapitals sehr gut überlegen werden, wie sie es einsetzen und welche berufliche Ausbildung die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt bietet.» Laut Scheidegger müsste man sich auch Gedanken darüber machen, wie private Bildungsinstitutionen in ein solch neues System eingebunden werden könnten.

Politiker sind skeptisch

Weniger positiv fällt die Reaktion bei Politikern aus. «Statt die heutigen Strukturen zu nutzen, wird ein neuer bürokratischer Apparat aufgebaut», kritisiert SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr: «Man kann nicht einfach andere Unternehmen wie die Suva oder die Post dazu verknurren, ihre Gewinne oder ihr Eigenkapital für eine solche Stiftung zur Verfügung zu stellen.» Ins gleiche Horn stösst FDP-Präsident Philipp Müller: «Die Eigenverantwortung für bildungspolitisches und berufliches Fortkommen würde den Bach runtergehen, dafür müsste staatliches Tafelsilber für die Finanzierung erhalten.» Für ihn ist klar: «Die stillen Reserven sind für Notfälle da, und ein solcher liegt nicht vor.»

Das sieht Eichenberger anders: «Die Lebenschancen der Schweizer werden durch die Personenfreizügigkeit grundlegend verändert. Nur noch eine neue Bildungspolitik kann sie verbessern.» Es gehe darum, dass die Gewinne aus der Personenfreizügigkeit zu Gunsten der bisherigen Einwohner der Schweiz umverteilt würden und den Schweizern eine gute Zukunft trotz oder mit Personenfreizügigkeit gesichert werden könne.

ANZEIGE



Ida Gianzmann-Hunkeler
Nationalrätin/
Vizepräsidentin CVP
Schweiz, Altshofen

«Ohne die Personenfreizügigkeit wäre der Aufschwung der letzten Jahre nicht möglich gewesen. Machen wir das nicht zunichte.»

am 9. Februar
NEIN!

SVP-Abschottungsinitiative

www.bilaterale.ch

Kirche soll Schwule und Geschiedene segnen

CHUR Papst Franziskus will wissen, was die Gläubigen über Ehe und Sexualität denken. Der Churer Bischof hat erneut Stellung bezogen.

sda/red. Wer in einer «irregulären Situation» lebt, kann gemäss bestehender Lehre der katholischen Kirche die Kommunion nicht empfangen. Dennoch soll der Einzelne vom Priester gesegnet werden dürfen. Diesen Vorschlag macht das Bistum Chur in seiner Rückmeldung auf den vatikanischen Fragebogen. Die Kirche soll diese Praxis weltweit offiziell erklären, präzisierte der Churer Bistumsprecher die Forderung.

Betroffene sollen gemäss Vorschlag des Bistums Chur beim Kommuniongang ebenfalls vor den Priestern treten.

Sie sollen dabei aber die Arme verschränken und damit signalisieren, dass sie aus bestimmten Gründen keine Kommunion empfangen. Darauf würden sie vom Priester gesegnet. «Auch Homosexuelle und zivil wiederverheiratete Geschiedene sind gemeint», sagte Bistumsprecher Giuseppe Gracia gegenüber der Nachrichtenagentur SDA. Deren Verbindung oder Lebenssituation könne die Kirche von der Lehre her zwar nicht segnen, den einzelnen Menschen jedoch sehr wohl.

In einer «irregulären Situation» ist laut Gracia zum Beispiel auch, wer vor der Eheschliessung zusammenlebt, nicht-natürliche Verhütungsmethoden anwendet oder wer nach einem Streit und ohne Versöhnungsversuch zur Kommunion kommt. Dass Menschen in «irregulären Situationen» die Kommunion nicht bekommen können, ist laut Gracia nicht als Verbot der Kirche zu sehen. «Die Aussage ist vielmehr die: Das Sa-

krament wirkt dann gar nicht», sagt der Bistumsprecher. Die Praxis habe sich in vielen Ländern und am Weltjugendtag bereits bewährt, schreibt das Bistum in seiner Stellungnahme.

Glaubenslehre ist verkümmert

Papst Franziskus will herausfinden, wie es um die «pastoralen Herausforderungen der Familie im Kontext der Evangelisierung» steht. Das Bistum Chur kommt aufgrund der Rückmeldungen aus den drei Bistumsregionen zu einem unerfreulichen Ergebnis. Die Meinung der Kirche sei gesellschaftlich kaum noch relevant.

Das betrifft insbesondere die katholische Sexuallehre, die an der Basis auf verbreitetes Unverständnis stösst. Einer Mehrheit der Gläubigen seien wesentliche Inhalte der katholischen Glaubenslehre nicht mehr bekannt, kritisiert der Bischof diese ablehnende Haltung. Der Mangel an Glaubenswissen sei zu gross,

um darin nicht auch ein Versagen der kirchlichen Verkündigung zu erkennen.

Intensivkurse für Ehevillige

Handlungsbedarf sieht der Churer Bischof Vitus Huonder auch bei den Ehevorbereitungskursen, wie die «Sonntagszeitung» berichtet. Die Ehevorbereitung müsste viel intensiver sein, schreibt er. Ein Wochenende oder drei Abende genügen dafür keinesfalls. Aufsehen erregend ist in diesem Zusammenhang die Aussage von Bischofssprecher Gracia, dass zum «katholischen Verständnis von Ehe die Offenheit für Kinder» gehöre. Falls einer oder beide Partner keine Kinder wollten, sei «eine katholische Ehe gar nicht zu Stande gekommen» und könne von der Kirche als nichtig erklärt werden. Die Kirche habe sich vielleicht aus falscher Scheu aus diesen eher persönlichen Themen herausgehalten, um nicht bei den Leuten anzuecken.